

## Fragebogen Stadtratswahlen Zürich

Name, Vorname: **Odermatt André**

Zutreffendes ankreuzen

1. Wie wohnen Sie privat:

- Mietwohnung                       Genossenschaftswohnung  
 Eigentumswohnung               Einfamilienhaus

2. Sind Sie Vermieter?

- Ja               Nein (Ich (unter-)vermiete eine so genannte Einliegerwohnung innerhalb der Stockwerkeigentumseinheit)

3. Befürworten Sie das Ziel, den Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus von einem Viertel auf einen Drittel zu erhöhen?

- Ja               Eher Ja               Eher Nein               Nein

Bemerkungen:

Ich bin Mitinitiant des Begehrens und Mitglied des Initiativkomitees

4. Die Volksinitiative „Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich“ wendet sich gegen die vom Kanton diktierte Aufwertung der 2'600 städtischen Wohnungen in Fiskalliegenschaften und verlangt die Beibehaltung der bisherigen Kostenmiete. Unterstützen Sie die Initiative?

- Ja               Eher Ja               Eher Nein               Nein

Bemerkungen:

Ich bin Mitglied des Abstimmungskomitees

5. Sollen private Eigentümer verpflichtet werden, bei grösseren Neubauprojekten einen Mindestanteil der Wohnungen nach den Grundsätzen der städtischen Wohnbauförderung zu erstellen und zu bewirtschaften (Festsetzung von Zonen für preisgünstigen Wohnungsbau wie in der Stadt Zug)?

- Ja               Eher Ja               Eher Nein               Nein

Bemerkungen:

---

---

---

6. Sind Sie damit einverstanden, dass künftig Zweitwohnungen, Business-Appartements und Hotelnutzungen nicht mehr auf den Mindestwohnanteil angerechnet werden?

Ja       Eher Ja       Eher Nein       Nein

Bemerkungen:

---

---

---

7. Sollen der Stiftung PWG jährliche Abschreibungsbeiträge zum Kauf von Liegenschaften zur Verfügung gestellt werden?

Ja       Eher Ja       Eher Nein       Nein

Bemerkungen:

Ich bin Mitmotionär eines Vorstosses, der dies fordert.

8. Unterstützen Sie die Forderung, dass der Kanton mehr Mittel für die Wohnbauförderung bereitstellt (Aufhebung des heute gültigen 180-Mio-Franken-Deckels für Darlehen)?

Ja       Eher Ja       Eher Nein       Nein

Bemerkungen:

---

---

---

9. Sind Sie einverstanden, dass städtische Fördergelder für energetische Sanierungen nur ausgerichtet werden, wenn die Empfänger sich verpflichten, auf eine Kündigung der Mietverhältnisse zu verzichten und die Förderbeiträge zur Reduktion der Mieterhöhung einzusetzen?

Ja       Eher Ja       Eher Nein       Nein

Bemerkungen:

---

---

---

10. Unterstützen Sie die Bestrebungen des Mieterinnen- und Mieterverbandes, den mietrechtlichen Kündigungsschutz auf Bundesebene zu verstärken (Missbräuchlicherklärung von Kündigungen nur um eine höhere Miete zu erzielen, Einschränkung der Kündigungsmöglichkeiten bei Renovationen)?

Ja       Eher Ja       Eher Nein       Nein

Bemerkungen:

---

---

---

11. Was für weitere Massnahmen gedenken Sie zu ergreifen, um das Angebot an bezahlbaren Wohnungen zu sichern und zu erhöhen?

- Stärkung der Genossenschaften (Bestandessicherung bei Heimfall, Abzugsfähigkeit ökologischer Investitionen, Verbilligung von Baurechtszinsen).
- Einrichtung einer Anlauf- und Beratungsstelle für Mieterinnen und Mieter im Hinblick auf den Kauf der Liegenschaft zwecks Gründung einer Hausgenossenschaft oder dem Aufkauf der Liegenschaft durch die PWG oder durch gemeinnützige Wohnbauträger.
- Erweiterung des Marktanteils der städtischen Liegenschaften und kommunaler Wohnungsbau.
- Unterstützung von neuen und platzsparenden Wohnformen wie das Kalkbreite-Areal oder das Projekt "Mehr als Wohnen".
- Eine weitere Massnahme, die weiter verfolgt werden muss, in dem der Druck auf die kantonalen Grundlagen erhöht wird, ist die Abschöpfung der Planungsgewinne (Art. 5 RPG). Vorerst kann bei Umzonungen von Industriezonen oder Gestaltungsplänen die Abschöpfung auch über die Festsetzung von einem Anteil von einem Drittel gemeinnützigem Wohnungsbau eingefordert werden.
- Eindämmung des Zweitwohnungsbaus durch fiskalische Massnahmen und/oder Kontingentierung
- Erhöhung des Wohnanteils – ausgewogenere Verteilung von Dienstleistung, Gewerbe und Wohnen.
- Durchsetzen des Wohnanteils